

## Ablauf

### 17:30 Begrüßung und Einführung

Bernd Voß, MdL Bündnis 90/Die Grünen

### 17:45 Recht und Politik in der Planungsphase

**Wie können Kommunen und Bürgerinitiativen rechtlich mitgestalten?**

**Ulrich Werner**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Berlin

**Erfolgreiches Bürgerengagement- Bauernhöfe statt Agrarindustrie**

Eckehard Niemann, AbL

### 19:00 Pause für Gespräche und kleiner Imbiss

### 19:30 Immissionen und Tierwohl

**Forderungen an das Immissions- und Bau-recht**

**Udo Werner**, Büro MdB Ostendorff

**Immissionsschutz bei Stallanlagen**

**Prof. Dr. Hartung**, CAU Kiel (angefragt)

**Risiken durch multiresistente Keime**

**Dr. med. Marret Bohn**, MdL B'90/Die Grünen

**Aspekte artgerechter Tierhaltung**

**Stefan Johnigk**, Geschäftsführer PROVIEH

**Moratorium für Massentierhaltungsanlagen?**

**Sven Koschinski**, Bürgerinitiative Stocksee

### 20.45 Gemeinsame Abschlussrunde

Im Anschluss besteht die Möglichkeit zum Austausch mit den ReferentInnen

*„Im Verdrängungskampf der Mastkonzerne werden Bauern und Bäuerinnen die Verlierer sein. Darum kämpfen wir für Bauernhöfe, aber gegen Agrarfabriken und Massentierhaltung. Sie sind weder gut für die Tiere noch für die Tierhalter“*



**Bernd Voß**

Agrarpolitischer Sprecher  
Bündnis 90/Die Grünen  
Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

0431 | 988 1515  
bernd.voss@gruene.ltsh.de  
[www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Wir bitten um Anmeldung:**  
telefonisch: 0431 988 1500  
per Email: [fraktion@gruene.ltsh.de](mailto:fraktion@gruene.ltsh.de)



**Bauernhöfe statt Agrarindustrie:**

# Tierfabrik geplant- wat nu?

**Expertengespräch und Vernetzungstreffen**

**Montag 09.Januar 2012**

**Beginn 17.30 Uhr**

Landtag Schleswig-Holstein

24105 Kiel, Düsternbrooker Weg 70

Schleswig-Holstein-Saal

## Was bedeutet „Agrarindustrie?“

Mit dem Slogan „Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ wenden wir uns nicht gegen landwirtschaftliche Nutztierhaltung generell. Die Bauern und Bäuerinnen sind oft zugleich Verursacher und Leidtragende einer Entwicklung, die scheinbar zwangsläufig zu immer größeren Einheiten bei der Tierproduktion führt.

Von industrieller Tierhaltung oder Agrarfabriken sprechen wir, wenn eine große Anzahl an Tieren unter nicht artgerechten und zum Teil qualvollen Bedingungen gehalten wird und das Futter größtenteils nicht vom tierhaltenden Betrieb stammt.

GRÜNE setzen auf Qualitätslandwirtschaft, die den Bedürfnissen von Tieren, AnwohnerInnen, VerbraucherInnen und LandwirtInnen gerecht wird.



Jan Pfeifer

Auf engem Raum zusammengepfercht und nur fünf Wochen Lebenszeit – das Schicksal von Masthühnchen in der industriellen Tierhaltung.

## Mit Experten werden wir über folgende rechtliche Grundlagen diskutieren:

### Baurecht

Landwirtschaftliche Bauvorhaben sind nach dem Bundesbaugesetz privilegiert. Dies gilt auch für industrielle Mastanlagen ohne eigene Flächenbewirtschaftung. Im Bundestag hat sich die Grüne Fraktion für eine Änderung des Baurechts eingesetzt, ist aber am Widerstand von Schwarz-Gelb, SPD und Linken gescheitert.

### Immissionsschutz

Tierproduktion in dieser Größenordnung ist in besonderer Weise mit Gewässerbelastung und Geruchsemissionen verbunden. Eine zunehmende Gefahr geht auch von Krankheitskeimen aus. Stallbauten ab einer bestimmten Größenordnung bedürfen daher einer Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (Mastschweine: 1.500, Hühnchen: 30.000).

### Tierschutz

Tierschutz ist Staatsziel im Grundgesetz. Das reicht offensichtlich nicht, solange die Tierschutzgesetzgebung noch immer Haltungsbedingungen zulässt, die Agrarfabriken möglich machen.

### Verbraucherschutz

Wir wollen, dass VerbraucherInnen an einer einfachen Kennzeichnung erkennen, wie Fleisch und Milch erzeugt wurden. Dies ist heute noch nicht der Fall.



Am Samstag, den 21. Januar ab 11.30 am Berliner Hauptbahnhof, weitere Infos und Anfahrt: [www.wir-haben-es-satt.de/](http://www.wir-haben-es-satt.de/)

## Was können Bürgerinitiativen, Kommunen und Privatpersonen tun?

Nicht jedes neue landwirtschaftliche Stallgebäude ist eine agrarindustrielle Anlage. Fragen Sie nach.

Aber auch LandwirtInnen sollten beachten, dass eine Großanlage in der Region die Entwicklung aller Betriebe blockieren kann.

Wenn in Ihrer Nähe eine große Mastanlage geplant ist und Sie sich betroffen fühlen, haben Sie z.B. das Recht auf Information auf der Grundlage des Umweltinformationsgesetzes.

Bundesweit besteht bereits ein Netzwerk aus Bürgerinitiativen, Bauernorganisationen, Umwelt- und Tierschutzverbänden. Dort können Sie weiterführendes Infomaterial und Hinweise bekommen. Siehe unter: [www.bauernhoeft-statt-agrarfabriken.de](http://www.bauernhoeft-statt-agrarfabriken.de)